

# Erklärung der CDU/CSU

zur Wiederbelebung der Wirtschaft,  
Überwindung der Arbeitslosigkeit  
und Sanierung der Staatsfinanzen  
vom 5. September 1975

## I.

Die Haushaltsbeschlüsse des Kabinetts sind das Eingeständnis einer gescheiterten Politik. Bundeskanzler Helmut Schmidt, der aus seiner maßgeblichen Mitwirkung an allen Regierungsbeschlüssen seit 1969 und aus seiner Zuständigkeit für Wirtschaft und Finanzen seit 1972 ein hohes Maß an Mitverantwortung an der schweren Finanzkrise trägt, hat noch in seiner Regierungserklärung vom 17. Mai 1974 eine Fortführung der sog. „Reformpolitik“ versprochen und zugleich erklärt: „Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, die Mehrwertsteuer zu erhöhen . . . Wir schließen . . . die Beschränkung von Leistungsansprüchen aus, die den Bürgern gesetzlich zugesagt sind.“

Heute wird für jedermann sichtbar, daß die Bundesregierung nicht in der Lage ist, diese wesentlichen Ziele des Regierungsprogramms zu verwirklichen. Sie muß auf sämtliche ausgabeerhöhenden „Reformen“ verzichten, bisherige Reformankündigungen zurücknehmen und darüber hinaus den Bürgern gesetzlich zugesicherte Leistungen beschrän-

ken und zusätzlich die Mehrwertsteuer und andere Steuern und Beiträge massiv erhöhen.

Im Gegensatz zu Helmut Schmidt, der 1965 erklärte, es stehe „nirgendwo geschrieben, daß die Opposition dabei helfen solle, eine Regierung aus der Zwickmühle herauszuholen, in die sie sich selbst hineinmanövriert hat“ (30. November 1965 im Deutschen Bundestag), sind CDU und CSU bereit, auch unpopuläre Maßnahmen der Bundesregierung mitzutragen, wenn sie geeignet sind, die jetzt offenbar gewordene Krise zu überwinden.

## II.

Die halbherzigen Beschlüsse der Bundesregierung gehen in die falsche Richtung; sie bieten keine Möglichkeit, wieder zu soliden Verhältnissen zurückzukehren. Das vorher groß angekündigte Konjunkturprogramm wird jetzt von der Bundesregierung selbst nur noch als Überwinterungsprogramm für die Bauwirtschaft bezeichnet. Das Sparprogramm der Bundesregierung erweist sich in Wirklichkeit als ein Programm der Steuer- und Beitragserhöhungen.

Die für den Gesamtzeitraum von 1976 bis 1979 vorgesehenen Steuer- und Beitragserhöhungen sind zweieinhalbmal so hoch wie die Ausgabenkürzungen. Diese Kürzungen, so schmerzhaft sie für die Betroffenen sein mögen, reichen noch nicht einmal aus, die Zinsen für die in den beiden Jahren 1975 und 1976 aufzunehmenden Schulden zu zahlen. Die der Bevölkerung durch die sogenannte Steuerreform eingeräumten Vergünstigungen würden durch die Beschlüsse der Bundesregierung rückgängig gemacht.

Das Programm der Bundesregierung läßt zudem entschiedenen Willen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit vermissen. Die Inflation würde erneut angeheizt. Daher ist das Programm unsozial.

Die Unionsparteien haben seit Jahren gewarnt. Schuld an der Zerrüttung der Staatsfinanzen sind nicht zu niedrige Steuern, sondern objektiv zu hohe Ausgaben. Der Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt ist in den letzten Jahren von 37,4 % im Jahre 1969 auf über 47 % im laufen-

den Jahr gestiegen. Würde das riesige Defizit im wesentlichen durch erneute Steuererhöhungen gedeckt, so würde damit schon wieder der Keim für die nächste Finanzkrise gelegt.

### III.

Die Vorschläge der Bundesregierung sind — wie ihre Konjunktur- und Finanzpolitik der letzten Jahre — in sich widerspruchsvoll und unzulänglich. Voraussetzung für jede wirksame Sanierung und für das erforderliche Umdenken ist die rückhaltlose Offenlegung der mittelfristig zu erwartenden Defizite und des Ausmaßes der von der Bundesregierung zu verantwortenden Finanzkrise sowie vor allem das Eingeständnis der wirklichen Ursachen für die Zerrüttung der Staatsfinanzen.

An dem Versuch der weiteren Verschleierung von Ausmaß und Ursachen der Krise werden sich CDU und CSU nicht beteiligen.

Die Unionsparteien lehnen deshalb die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab. Diese läuft nicht nur der Sanierung der Staatsfinanzen, sondern auch dem vordringlichen Ziel der Überwindung der Arbeitslosigkeit und der Wiederbelebung der Wirtschaft zuwider. Die Verbraucher würden dadurch erneut mit einem nutzlosen, weil wirkungslosen Opfer belastet und die Erwartungen der Wirtschaft gedämpft; der Staatsanteil am Sozialprodukt würde langfristig weiter wachsen.

Auch die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung würde in einem besonders ungeeigneten Zeitpunkt Arbeitnehmer und Wirtschaft zusätzlich belasten. Die Unionsparteien stimmen diesem Vorschlag in der bisher bekanntgewordenen Form nicht zu.

Die Unionsparteien fordern seit Jahren eine Beschränkung der Staatsausgaben. Sie werden die Vorschläge der Regierung abschließend prüfen, sobald die noch fehlenden Einzelheiten nachgereicht sind.

Darüber hinaus erwarten die Unionsparteien von der Bundesregierung weitere Einsparungsvorschläge, da mit massiven Steuererhöhungen die zerrütteten Staatsfinanzen nicht saniert werden können.

Dringlich sind nachhaltige Bemühungen der Bundesregierung um eine Vereinfachung der Gesetzgebung und Entlastung der Verwaltung, um erheblich stärkere Einsparungen im Bereich der Personal- und Verwaltungskosten zu erreichen als bisher geplant.

#### IV.

Die schwere Krise kann letztlich nur durch eine Einbeziehung der notwendigen finanzpolitischen Entscheidungen in ein Gesamtprogramm zur Wiederbelebung der Wirtschaft, Überwindung der Arbeitslosigkeit und Sanierung der Staatsfinanzen überwunden werden. Isolierte Initiativen reichen nicht aus. Erforderlich ist eine Neubestimmung der finanz-, steuer- und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen nach den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft:

1. Die Bundesregierung und die Koalitionsparteien werden aufgefordert, bis zur Sanierung der Staatsfinanzen keine neue ausgabenerhöhenden Gesetze vorzulegen; die gesetzlich vorgeschriebene Anpassung von Leistungen wird davon grundsätzlich nicht betroffen. Der CDU/CSU-Fraktion und den CDU/CSU-regierten Bundesländern wird empfohlen, ihre bereits im Bundestag und Bundesrat eingebrachten finanzwirksamen Gesetzesanträge zurückzuziehen.

2. Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit ist die Stärkung der Investitionskraft der Betriebe unerlässlich. Hierzu sind gezielte steuerliche Hilfen erforderlich. Diesem Ziel der Verstärkung der Eigenkapitalkraft der Betriebe dient auch eine aktivere Politik der Vermögensbildung für Arbeitnehmer.

Zur langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze bedarf es einer stabilitätsgerechten Lohnpolitik unter Einbeziehung von vermögensbildenden Vereinbarungen der Tarifpartner.

Alle neuen Gesetzesvorhaben müssen den Erfordernissen der langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze und der Leistungsfähigkeit der Betriebe voll Rechnung tragen.

## Presse-Echo: Ein schlüssiges Konzept

### Frankfurter Allgemeine Zeitung:

„Die Opposition hat auf das fragwürdige Sanierungsprogramm der Regierung mit einem insgesamt schlüssigen Konzept geantwortet. Ziel der Opposition ist es unverkennbar, Regierung und Koalitionsparteien zu einer Nachbesserungsrunde beim Sanierungsprogramm zu zwingen. Dafür hat sie keine schlechte Ausgangsposition.“

### Kölnische Rundschau:

„Stoltenberg als der Sprecher der CDU/CSU hat deutlich gemacht, was Sache der Regierung und was Sache der Opposition ist. Die Regierung muß sagen, wie sie mit der Misere fertig werden will. Was bisher vorgeschlagen wurde, ist unzulängliches Flickwerk ohne Zukunftsperspektive. Die Opposition hat aber auch ihre eigenen Vorstellungen entwickelt. Das Rezept lautet, auf eine kurze Formel gebracht: Das Defizit soll in erster Linie durch Sparen und erst in zweiter Linie durch höhere Steuern beseitigt werden. Die Regierung macht genau das Gegenteil. Das Verhältnis von höheren Steuern zu Sparen ist derzeit etwa 70 zu 30, statt umgekehrt.“

### Augsburger Allgemeine:

„Die Opposition hat ein Lob verdient. Es ist seit geraumer Zeit das erste Mal, daß sie zu Maßnahmen der Regierung nicht einfach nein sagt, sondern bei einer unpopulären Entscheidung der Koalition auch für den einfachen Bürger sichtbar macht, daß sie bereit ist, mitzuhelfen, einen drohenden Staatsbankrott abzuwenden.“

### Hamburger Abendblatt:

„Die Opposition hat sich nicht damit begnügt, die Anhebung der Mehrwertsteuer abzulehnen — wie wir meinen zu Recht, weil hier der Hebel bei der unsozialsten aller Steuern angesetzt wird. Sie hat sich auch nicht nur gegen die Verteuerung der Arbeitslosenversicherung ausgesprochen. Sie hat vielmehr den Mut aufgebracht, weitere Haushaltskürzungen in Milliardenhöhe zu fordern.“

### Deutschlandfunk:

„Die Linie, die Stoltenberg vortrug, ist klar und das Konzept in sich logisch und geschlossen. Und vor allem, es beschränkt sich nicht allein auf Anklage und Lamento . . . Die CDU ist bereit, auch unpopuläre Maßnahmen mitzutragen . . . Ich meine, das Angebot der Opposition, Mitverantwortung zu übernehmen, wäre für die Regierung Grund, die Probe aufs Exempel zu machen. Für ein Schwarzer-Peter-Spiel hin und her ist die Lage nun wirklich zu ernst.“

# Sechs Jahre SPD/FDP- Regierungsverantwortung

|      | Defizit des Bundes | Wachstum | Inflation   | Arbeitslose/<br>Kurzarbeiter |
|------|--------------------|----------|-------------|------------------------------|
| 1969 | + 1,7 Mrd. DM      | + 8,2 %  | + 1,9 %     | 178 000                      |
| 1975 | 40,9 Mrd. DM       | — 3,5 %  | + 6 — 6,5 % | 2 000 000                    |

SPD-Kanzler Helmut Schmidt hat alle Regierungsbeschlüsse maßgeblich mitverantwortet, davon zwei Jahre lang als zuständiger Minister für die Finanzpolitik. Heute leugnet er jede Verantwortung und sagt bewußt die Unwahrheit:

*„Inflation ist ein Modewort“.*

*„Die finanzielle Lage der Haushalte der Bundesregierung macht mir im Jahre 1975 keinerlei Sorgen“ (24. 6. 1975).*

*„Der Tiefpunkt der Konjunktur ist durchschritten. Von nun an geht's in der Bundesrepublik aufwärts“ (3. 5. 1975).*

*„Wir sind über den Berg weg“ (April 1975).*

Die SPD/FDP-Regierungen unter Brandt und Schmidt haben die Pleite herbeigeführt. Die Ausgangsbasis 1969 war äußerst günstig: Ein Milliardenüberschuß in der Kasse, hohes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, sehr niedrige Preissteigerungsrate. Sozialistische Sandkastenspiele und überzogene Reformversprechen bewirkten eine stetige Verschlechterung der einstmaligen guten Ausgangssituation.

SPD-Kanzler Schmidt unterbreitet jetzt der Bevölkerung ein „Sparprogramm“, das in Wirklichkeit ein Steuererhöhungsprogramm ist. Die beabsichtigten Steuererhöhungen machen rund das Dreifache von dem aus, was an Ausgabenkürzungen (21,9 Mrd. DM) beschlossen ist. Trotzdem bleibt für 1976 eine Verschuldung des Bundes von rund 40 Mrd. DM, das sind 100 000 000 DM pro Tag. Für diesen Betrag könnte man z. B. 11 370 VW-Golfs kaufen. Die tägliche Zinsenlast beträgt rund 22 000 DM oder ungefähr 2,5 VW-Golfs.

Das Programm der Bundesregierung läßt zudem einen entschiedenen Willen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit vermissen, weil mit ihm keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Mehrwertsteuer schlägt voll auf die Preise durch und heizt damit die Inflation erneut an.

Sie trifft somit gerade die finanziell Schwachen unserer Gesellschaft. Deshalb ist dieses Programm unsozial.

Weil der Bundeskanzler nicht weiter weiß, fordert er von der Opposition ein Rezept zur Bewältigung der Krise.

## Die Union ist die Alternative

Die Union bekennt sich zu ihrer Verantwortung. Allerdings hat der Wähler von Herbst 1972 SPD und FDP mit der Regierung beauftragt. Deshalb muß zunächst die Regierung handeln. Die Union ist bereit, auch unpopuläre Maßnahmen der Bundesregierung mitzutragen, wenn sie geeignet sind, die jetzt in ihrem vollen Ausmaß für alle sichtbar gewordene Krise zu überwinden, und wenn sie in ein Gesamtkonzept eingebettet sind. Die Union ist anderer Ansicht als der Oppositionspolitiker Schmidt des Jahres 1965. Schmidt erklärte damals: „Es steht nirgendwo geschrieben, daß die Opposition dabei helfen soll, eine Regierung aus einer Zwickmühle herauszuholen, in die sie sich selber hineinmanövriert hat.“

Zur Wiederbelebung der Wirtschaft, Überwindung der Arbeitslosigkeit und Sanierung der Staatsfinanzen hat die CDU/CSU ein Gesamtkonzept präsentiert mit folgenden Kernpunkten.

- Die Mehrwertsteuer wird nicht erhöht, Sanierung der Staatsfinanzen durch energische Sparmaßnahmen.
- Ankurbelung der Wirtschaft durch gezielte steuerliche Hilfen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und um den Wohlstand für alle zu sichern.
- Zurückziehung aller kostenwirksamen Gesetzentwürfe und keine ausgabenerhöhenden Gesetze durch die Union. Aufforderung an die Regierung, diesem Beispiel zu folgen.
- Der Verwaltungsapparat wird rationalisiert, um dem Bürger unnötige Ausgaben zu ersparen.
- Stabilitätsgerechte Lohnpolitik sichert langfristig Arbeitsplätze mit Hilfe der Tarifpartner; Einbeziehung der Vermögensbildung in die Tarifbeschlüsse.
- Die Bundesregierung muß das volle Ausmaß der Finanzierungskrise offenbaren.

Sechs Jahre SPD/FDP. Das Ergebnis: 40 Milliarden Schulden des Bundes, 2 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter, 3,5 Prozent Wirtschaftsrückgang. Jeden Tag macht Bundeskanzler Schmidt 100 Millionen Schulden, soviel wie 11370 Volkswagen kosten. Doch statt zu sparen, erhöht Schmidt die Steuern und greift uns Bürgern in die Tasche.

**Das Programm der Union zur Wiederbelebung der Wirtschaft, Überwindung der Arbeitslosigkeit und Sanierung der Staatsfinanzen. Vorgelegt von Dr. Gerhard Stoltenberg am 5. September 1975 auf der Bundespressekonferenz in Bonn:**

1. Wir wollen die Arbeitslosigkeit überwinden: durch Ankurbelung der Wirtschaft und gezielte steuerliche Hilfen für unsere Betriebe. Das schafft neue Arbeitsplätze.
2. Die CDU/CSU lehnt die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab. Im Bundeshaushalt muß mehr gespart werden.
3. Die Opposition schlägt keine neuen Gesetze vor, die Geld kosten. Sie verlangt dasselbe von der Regierung.
4. Die Verwaltung muß vereinfacht werden, um dem Bürger Kosten zu ersparen.
5. Die Union fordert Unternehmer und Gewerkschaften zu vernünftigen Lohnabschlüssen auf. Zugleich muß etwas für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer getan werden.
6. Die Regierung soll endlich die Karten auf den Tisch legen: sie muß die Finanzkrise eingestehen, ohne Beschönigungen und Verschleierungen.

Die Union kann und wird auch unpopuläre Maßnahmen mittragen, wenn sie geeignet sind, die jetzt offenbar gewordene Krise zu überwinden. Unser Programm liegt vor.

Allein Helmut Kohl und die CDU/CSU werden mit ihrem Programm allen Bürgern, den Sparern und der Wirtschaft, den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern, das Vertrauen in eine sichere Zukunft zurückgeben. Nur so geht es wieder bergauf. Nur so sind unsere Arbeitsplätze zu sichern.

Die CDU schafft wieder Arbeit.

Die CDU sichert den Wohlstand.

Die CDU sorgt für solide Staatsfinanzen.

**Alternative '76 CDU**